

KOOPERATION

# Entwicklung als Bremse für Migration

Danièle Weber

**Migrations- und Entwicklungspolitik drohen immer mehr miteinander zu verschmelzen. Das zeigt sich auch in den aktuellen Diskussionen um den Europäischen Fonds für Nachhaltige Entwicklung.**

Vergangenes Jahr haben die Mitgliedstaaten der EU 75,5 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe ausgegeben. Das sind elf Prozent mehr als 2015. Der Betrag stieg das vierte Mal in Folge an und die EU bleibt die weltweit größte Geldgeberin in diesem Bereich. „Ich bin stolz darauf“, schrieb EU-Entwicklungskommissar Karmenu Vella in einer Pressemitteilung, als am Dienstag vergangener Woche die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OSZE) die neuesten Zahlen präsentierte.

Doch immerhin ein Viertel der Zunahme der Europäischen Entwicklungshilfe ging auf das Konto der Hilfe, die Flüchtlingen in Europa zugute kam. Deutschland zum Beispiel gab 2016 rund sechs Milliarden Euro für Empfang und Unterbringung von Flüchtlingen im eigenen Land aus, rechnete diese Summe in die staatliche Entwicklungshilfe mit ein und erreichte somit erstmals das 2005 gesteckte Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben.

## Elffache Hebelwirkung für nachhaltige Entwicklung

Als „Augenwischerei“ bezeichnet die Europa-Abgeordnete Maria Heubuch (Grüne) diesen „statistischen Trick“. „Es ist erlaubt, und dennoch sollte Geld, das für die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland ausgegeben wird, nicht zur Entwicklungshilfe gezählt werden“, so Heubuch. „Diese Gelder sollten vor allem dahin fließen, wo Armut bekämpft werden muss.“

Genau dieses Ziel verfolgt ein neues Instrument der EU, das über den herkömmlichen Gedanken der

Entwicklungshilfe hinausgehen will. Nach dem Vorbild des so genannten „Junckerplans“, des „Europäischen Plans für Strategische Investitionen“, soll der „Europäische Fonds für Nachhaltige Entwicklung“ Investoren dazu animieren, ihr Geld in Regionen und Projekten anzulegen, die ansonsten eher leer ausgehen.

Den nötigen Anschlag für diese Investitionen würde, ähnlich wie beim Juncker-Plan, eine vom EU-Haushalt gelieferte Garantie geben. Ein Anfangsbudget von 3,35 Milliarden Euro soll so bis 2020 Investitionen von insgesamt rund 44 Milliarden Euro in den afrikanischen AKP-Staaten (79 Staaten, die in Afrika, der Karibik und im Pazifik gelegen sind) ermöglichen, mit denen die EU ein Partnerschaftsabkommen hat. Weitere Nutznießer wären Libanon und Jordanien. Der Fonds soll von der Europäischen Kommission zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) koordiniert werden.

Erwünschter Nebeneffekt ist dabei die Bekämpfung der so genannten „root causes“ (fundamentale Ursachen) der Migration, wie es im Text heißt, den die EU-Kommission im Dezember vergangenen Jahres vorgelegt hat. Ein Zusatz, der auf die Kritik von manchen EU-Parlamentariern stößt.

„Hauptmission des Fonds muss es sein, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung soziale Ungleichheiten zu reduzieren“, sagt etwa der Europa-Abgeordnete Charles Goerens (DP). „Sollte das erklärte Ziel aber lauten, dass weniger Flüchtlinge nach Europa kommen, dann ist das der Anfang vom Ende der Entwicklungspolitik“, so Goerens. Die Idee des Fonds begrüßt der ehemalige Kooperationsminister und hat dabei vor allem private Investoren im Visier, deren Risiko durch die EU-Garantie gemindert werde.

Wie viele EU-Abgeordnete fordert Goerens jedoch, dass die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung deutlicher



FOTO: EP

im Gesetzestext verankert werden. Einige der 386 Änderungsanträge, über die der Entwicklungs-Ausschuss des Europaparlaments am 24. April abstimmen wird, konzentrieren sich darauf, die Einhaltung sozialer und Umweltstandards sowie der Klimaschutzziele in den Text zu integrieren.

## Europaparlament will mitreden

„Das Parlament verlangt hier, dass verbindliche Kriterien festgehalten werden“, sagt Charles Goerens. Überdies wollen die EU-Parlamentarier bei der Auswertung der finanzierten Projekte dabei sein.

Gerade weil der Privatsektor eingebunden werden soll, sei es wichtig, wirkungsvolle Kontrollinstrumente einzuplanen, findet auch Xavier Sol von der NGO „Counterbalance“. „Die ökonomische Rentabilität der Projekte kann nicht das einzige Kriterium sein“, so Sol. Seine Organisation, die sich in den vergangenen Jahren viel mit der Arbeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) auseinandergesetzt hat, sieht die Rolle der EIB hier kritisch. „In ihren Aktivitäten außerhalb der EU sehen wir Defizite in Bezug auf Menschenrechte und auf

die Aufmerksamkeit, die den sozialen Auswirkungen entgegengebracht wird“, erklärt Xavier Sol.

Die EIB sei nun einmal kein Entwicklungsinstitut, sagt Maria Heubuch und bezweifelt ebenfalls, dass die Bank die notwendige Erfahrung in diesem Bereich mitbringt. Auch die wie im Junckerplan anvisierte elffache Hebelwirkung stellt die deutsche Grüne in Frage. „Ich bin mir nicht sicher, ob wir in Somalia denselben Hebel wie bei Investitionsprojekten in Dänemark, Italien oder Deutschland erreichen können“, so Heubuch.

## Amalgam mit Migrationspolitik

Die Verknüpfung mit der Bekämpfung der Migrationsursachen sollte ihrer Meinung nach ganz aus dem Gesetzestext zum Entwicklungsfonds gestrichen werden. „Wir müssten erst einmal diese Ursachen klar definieren“, so Heubuch. Entwicklung in bestimmten Gegenden zu fördern, könne auch dazu führen, dass Menschen mobiler werden.

Warum man dem Entwicklungsfonds den Stempel der Migrationspolitik aufdrücken sollte, fragt sich auch Xavier Sol von „Counterbalance“. Das

AVIS

Ziel, Armut und damit auch Fluchtursachen zu bekämpfen, sei ohnehin in allen Entwicklungsprogrammen der Weltbanken verankert. In seinen Augen ist es geradezu gefährlich, die beiden Bereiche Entwicklungshilfe und Migrationspolitik zu vermischen. „Verschiedene EU-Länder könnten das Instrument dann auch missbrauchen, indem sie Infrastrukturen zur Kontrolle von Migrationsströmen, etwa den Bau von Mauern, finanzieren“, erklärt Sol.

Das käme einem weiteren Anstieg der „Phantom-Hilfe“ gleich, den NGOs anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten OECD-Daten zum Anteil staatlicher Entwicklungshilfe am BIP beklagten. „Kreatives Anrechnen, das dazu da ist, Phantom-Hilfe anschwellen zu lassen und Haushaltskürzungen zu verdecken“, sei im Hinblick auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung keine Lösung, so Arnaud Zacharie von der belgischen NGO-Plattform „CNCD-11.11.11“. Er kritisiert in einer Stellungnahme die „Kreativität“ der belgischen Regierung, die 57 Millionen Euro zur Finanzierung des EU-Türkei-Abkommens und des Afrika-Fonds zur Bekämpfung illegaler Migration als Entwicklungshilfe deklarierte. Obwohl Belgiens Hilfe von 0,42 auf 0,49 des BIP anstieg, sei die „reale Hilfe“ zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen auf einem historisch niedrigen Niveau, so Zacharie.

Luxemburg gab übrigens weiterhin ein Prozent seines BIP für Entwicklungshilfe aus und liegt damit im europäischen Ranking deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 0,51 Prozent. Man werde künftig weder Klimaschutzmaßnahmen noch Ausgaben für den Empfang von Flüchtlingen in die Entwicklungshilfe mit einberechnen, versprach Kooperationsminister Romain Schneider als er im November vergangenen Jahres die Ziele seiner Politik vorstellte.

Ministère de la Sécurité intérieure

Appel de candidatures

Le ministère de la Sécurité intérieure se propose d'engager

**80 VOLONTAIRES DE POLICE (m/f)** pour la carrière de l'inspecteur.

Les conditions requises peuvent être consultées sur le site internet de la police : [www.police.lu](http://www.police.lu). Le formulaire d'inscription peut soit être retiré auprès du ministère de la Sécurité intérieure, 19-21, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, soit être téléchargé du site internet de la police. Le dossier de candidature est à renvoyer au ministère de la Sécurité intérieure au plus tard pour le **13 mai 2017**.

**La date de l'examen-concours d'admission à l'École de police est fixée au jeudi 6 juillet 2017.**

Pour tout renseignement supplémentaire, veuillez téléphoner au numéro 247-84607 (ministère de la Sécurité intérieure).

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

**Procédure :** européenne ouverte  
**Type de marché :** Travaux

**Modalités d'ouverture des offres :**  
Date : 07/06/2017 Heure : 10:00  
Lieu : Administration des bâtiments publics, 10, rue du Saint-Esprit, L-1475 Luxembourg

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

**Intitulé attribué au marché :**  
Travaux d'aménagements extérieurs et réseaux d'infrastructures à exécuter dans l'intérêt de la construction de la structure d'hébergement pour sans-abri à Sandweiler.

**Description succincte du marché :**  
Type du bâtiment : Logement

- Surface totale brute : 3.300 m<sup>2</sup>
- Volume total brut : 16.300 m<sup>3</sup>
- Terrassement classe 1 : 600 m<sup>3</sup>, classe 2-6 : 5.500 m<sup>3</sup>
- Renforcement du sol : 4.900 m<sup>3</sup>
- 2 bassins de rétention, murs de soutènements, réseaux et finitions

La mission est adjugée en bloc à prix unitaires.

La durée prévisible de la mission est de 220 jours.  
Début prévisionnel de la mission : automne 2017.

SECTION IV : PROCÉDURE

**Conditions d'obtention du cahier des charges :**  
Les documents de soumission peuvent être retirés électroniquement via le portail des marchés publics ([www.pmp.lu](http://www.pmp.lu)).  
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.  
La remise électronique est autorisée.

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Conditions de participation : Effectif minimum en personnel occupé dans le métier concerné : 28 personnes.  
Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné pour le dernier exercice légalement disponible : EUR 2.620.000.  
Nombre minimal de références : 3 références.

Réception des offres : Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux d'aménagements extérieurs dans l'intérêt de la structure d'hébergement pour sans-abri à Sandweiler » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

**Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :** 13/04/2017

**La version intégrale de l'avis no 1700570 peut être consultée sur [www.marches-publics.lu](http://www.marches-publics.lu)**

Fonds pour le développement du logement et de l'habitat

Appel de candidatures

**Procédure :** négociée  
**Type de marché :** Services  
**Date limite de remise des candidatures :** 15/05/2017 à 16:00.  
**Intitulé :** Appel de candidatures pour un architecte-urbaniste, Projet 2440\_PAP « Ideal et Südhang ».  
**Description :** Appel de candidatures relatif aux services d'architecte-urbaniste pour la réalisation d'une mission d'élaboration d'un PAP pour

les quartiers « Ideal et Südhang » (hors partie d'assistance technique et d'assainissement).  
Parcelle concernée : section WB de Niederwiltz, commune de Wiltz, surface de +/- 8 ha 17 ares.  
Délai de dépôt des projets pour autorisation : 01/10/2018.  
Réception des candidatures : Ne sont considérés que les dossiers complets remis avant la date limite du 15 mai 2017 à 16h à l'adresse du Fonds du logement, 74, Mühlenweg, L-2155 Luxembourg, à l'attention de Madame Tania Fernandes, présidente, avec la mention : « Candidatures d'architectes pour le projet 2440\_PAP « Ideal et Südhang » ». En cas de besoin, veuillez contacter Mme Wagoner, tél. : 26 26 44 821 / e-mail : [joelle.wagoner@fondsdulogement.lu](mailto:joelle.wagoner@fondsdulogement.lu).

**La version intégrale de l'avis n° 1700602 peut être consultée sur [www.marches-publics.lu](http://www.marches-publics.lu)**

Fonds pour le développement du logement et de l'habitat

Appel de candidatures

**Procédure :** négociée  
**Type de marché :** Services  
**Date limite de remise des candidatures :** 15/05/2017 à 16:00.  
**Intitulé :** Appel de candidatures pour un architecte-urbaniste, Projet 2473\_PAP « Gare et Gierwerei ».  
**Description :** Appel de candidatures relatif aux services d'architecte-urbaniste pour la réalisation d'une mission d'élaboration d'un PAP pour les quartiers « Gare et Gierwerei » (hors partie d'assistance technique et d'assainissement).  
Parcelle concernée : section WA de Wiltz, commune de Wiltz, surface de +/- 9 ha 60ares.  
Délai de dépôt des projets pour autorisation : 01/10/2018.  
**Réception des candidatures :** Ne sont considérés que les dossiers complets remis avant la date limite du 15 mai 2017 à 16h à l'adresse du Fonds du logement, 74, Mühlenweg, L-2155 Luxembourg, à l'attention de Madame Tania Fernandes, présidente, avec la mention : « Candidatures d'architectes pour le projet 2473\_PAP « Gare et Gierwerei » ». En cas de besoin, veuillez contacter Mme Wagoner, tél. : 26 26 44 821 / e-mail : [joelle.wagoner@fondsdulogement.lu](mailto:joelle.wagoner@fondsdulogement.lu).

**La version intégrale de l'avis n° 1700603 peut être consultée sur [www.marches-publics.lu](http://www.marches-publics.lu)**